



Haushaltsausschuss des Einheitlichen Patentgerichts

Beschluss zur Annahme des Haushaltsplans
des Einheitlichen Patentgerichts für das
Jahr 2025

Luxemburg, den 25. November 2024

BESCHLUSSDES HAUSHALTSAUSSCHUSSES

Vom 25. November 2024

Annahme des Haushaltsplans des Einheitlichen Patentgerichts für das Jahr 2025

DER HAUSHALTSAUSSCHUSS DES EINHEITLICHEN PATENTGERICHTS –

GESTÜTZT auf das Übereinkommen über ein Einheitliches Patentgericht, insbesondere auf Artikel 36 und 37,

GESTÜTZT auf die Satzung des Einheitlichen Patentgerichts, insbesondere auf Artikel 26,

IN ANBETRACHT der Notwendigkeit, dass das Einheitliche Patentgericht seinen Verpflichtungen für das Jahr 2025 nachkommen muss,

IN ANBETRACHT der Dringlichkeit, dem Gericht einen Haushaltsplan und die entsprechenden Finanzmittel zur Verfügung zu stellen –

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Gemäß Artikel 21 bis 29 des Beschlusses des Verwaltungsausschusses des Einheitlichen Patentgerichts über die Finanzverwaltung des Gerichts

wird Folgendes

1. angenommen:

der Haushaltsplan des Einheitlichen Patentgerichts für das Jahr 2025 im Umfang von insgesamt 30 344 347 EUR, einschließlich der Mittel für die Renten- und Sozialversicherungssysteme in Höhe von insgesamt 4 720 902 EUR;

2. genehmigt:

der Beitragsschlüssel gemäß Anhang 2.

Dieser Beschluss tritt am 25. November 2024 in Kraft.

Geschehen in Luxemburg, am 25. November 2024, Für

den Haushaltsausschuss

Unterzeichnet Bruno Leboullenger

Der Vorsitzende

ZUSAMMENFASSUNG

Dieses Dokument enthält den Entwurf des Haushaltsplans des Einheitlichen Patentgerichts (EPG) für das Jahr 2025 gemäß Abschnitt 2 Artikel 21 bis 26 der vom Verwaltungsausschuss am 22. Februar 2022 angenommenen Finanzordnung des Einheitlichen Patentgerichts (EPG) in ihrer geänderten Fassung.

Der vorliegende Entwurf des Haushaltsplans stützt sich auf Annahmen, die das Gericht im Rahmen früherer Erhebungen geprüft hat und die anhand der im Laufe des Zeitraums der vorläufigen Anwendung (Provisional Application Period, PAP) und des ersten Rechnungslegungszeitraums (First Accounting Period, FAP) sowie bis zum Jahr 2024 gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse aktualisiert wurden.

Er enthält die notwendigen finanziellen Abläufe, damit das EPG seine operativen Aufgaben erfüllen und im Hinblick auf seine personellen, technischen und organisatorischen Ressourcen mit den Herausforderungen und Unwägbarkeiten der ersten Jahre seit Aufnahme der Tätigkeit umgehen kann.

Er umfasst ferner die nach Artikel 23 der Finanzordnung erforderlichen Informationen und Schätzungen, wie die Plan-Gesamtergebnisrechnung und die Planbilanz, den Stellen- und Einstellungsplan sowie gemäß Artikel 23 Absatz 3 Buchstabe c der Finanzordnung des EPG Schätzungen zu den wichtigsten Finanzdaten für die nächsten vier Jahre für den Zeitraum 2026 bis 2029.

Die Aufforderung zur Leistung der Beiträge der Vertragsmitgliedstaaten, einschließlich der von jedem Vertragsmitgliedstaat erwarteten Beiträge zum Betriebsmittelfonds, ist Anhang 2 zu entnehmen.

Der Haushaltsausschuss wird ersucht, den Haushaltsplan 2025 anzunehmen und die Anwendung des Beitragsschlüssels für den vorliegenden Haushaltsplan zu genehmigen.

Inhalt

Inhalt.....	3
1. Entwurf des Haushaltsplans des EPG für 2025 – Einführung	4
2. WICHTIGSTE PLANUNGSGRUNDSÄTZE UND ANNAHMEN	4
1) Kapitel 51 Gerichtsgebühren	5
2) Kapitel 52 Beiträge der Mitgliedstaaten	10
3) Kapitel 53 Sonstige Betriebseinnahmen	10
4) Kapitel 61 Ausgaben und Einnahmen für die Renten- und Sozialversicherungssysteme	12
5) Kapitel 31 Gehälter	12
6) Kapitel 32 Renten- und Sozialversicherungssysteme	17
7) Kapitel 33 bis 37 Allgemeine Betriebsausgaben, Betriebsmittelfonds, Erstattungen an die Mitgliedstaaten und sonstige Ausgaben	17
8) Kapitel 41 Investitionsausgaben für IT	23
3. Anhänge.....	24
Anhang 1: HAUSHALTSPLAN DES EINHEITLICHEN PATENTGERICHTS	25
Anhang 1.1: Haushaltsplan des Einheitlichen Patentgerichts: Mittel	25
Anhang 1.2: vorläufige Annahmen für die nächsten vier Jahre	26
Anhang 2: Von den Vertragsmitgliedstaaten für das Jahr 2025 zu leistende Beiträge:	27
Anhang 2.1: Von den Vertragsmitgliedstaaten für das Jahr 2025 zu leistende Beiträge:	27
Anhang 2.2: Abzurufende Beiträge (Verrechnung mit dem Betriebsmittelfonds für den FAP)	27
Anhang 3: Vermerk zu den Ausgaben für Informationstechnologie (IT) im Haushaltsplan 2025	30
Kapitel 411 – Investitionsausgaben für IT: Integrierte Systeme und Dienstleistungen	30
Kapitel 331 – Ausgaben für den IT-Betrieb und Datenbanken (Lizenzen für elektronische Bibliotheken außerhalb des Anwendungsbereichs).....	31
Anhang 4: Jahresabschlüsse des Gerichts	34
4.1. Planübersicht der Ressourcen	35
4.2. Planübersicht der geschätzten Einnahmen.....	36
4.3. Erfolgsrechnung	37
4.4. Bilanz	38
4.5. Kapitalflussprognose	39
4.6 Erläuterung zu den Jahresabschlüssen	39

1. Entwurf des Haushaltsplans des EPG für 2025 – Einführung

In diesem Dokument wird der Entwurf des Haushaltsplans des EPG für 2025 vorgelegt.

Die Schätzungen der Fallzahlen wurden auf der Grundlage der beim Gericht bis Ende Dezember 2023 und während der ersten drei Quartale 2024 eingereichten Fälle erstellt.

Die Fallbelastung des EPG, die Anzahl der Richter, die für die Bearbeitung der Rechtssachen benötigt werden, sowie die Zahl der Ausnahmeregelungen sind aufgrund der begrenzten Betriebsdauer des Gerichts schwer vorherzusagen, und die Schätzungen werden genau überprüft und überwacht werden.

Es ist zu beachten, dass die Schätzungen für das Haushaltsjahr 2025 des EPG auf einer modifizierten Cash-Basis und nicht auf einer periodengerechten Basis beruhen.

In Anhang 1 sind die Betriebsausgaben und die Finanzausgaben des EPG sowie die Einnahmenschätzungen für das Haushaltsjahr 2025 und die vorläufigen Annahmen für die nächsten vier Jahre aufgeführt.

17 131 619 €	Personalausgaben (Gehälter und Beiträge des EPG zu den Renten- und Sozialversicherungssystemen):
7 520 538 €	Nicht-Personal-Betriebsausgaben
4 435 590 €	Ausgaben des Betriebsmittelfonds
1 256 600 €	IT-Investitionsausgaben
Gesamtausgaben: 30 344 347 EUR	

10 354 422 €	Einnahmen aus Gerichtsgebühren
3 104 560 €	Interne Steuer
16 885 365 €	Beiträge von 18 Vertragsmitgliedstaaten
Gesamteinnahmen 30 344 347 EUR	

2. Wichtigste Planungsgrundsätze und Annahmen

Der in diesem Dokument enthaltene Haushaltsplan des EPG für 2025 beruht auf den folgenden vorläufigen Annahmen:

EINNAHMEN:

1) Kapitel 51 Gerichtsgebühren

Die folgenden Fallzahlschätzungen basieren auf Annahmen, die das Gericht auf Grundlage der tatsächlich eingereichten Fälle sowie der im ersten Rechnungslegungszeitraum (FAP) und bis zum Jahr 2024 (einschließlich Q3 2024) gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse berücksichtigt hat, und lauten wie folgt:

	FAP 2023 (7 Monate)	Q1 2024	Q2 2024	Q3 2024
Kategorie	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl
Berufung gemäß Regel 220_1	2	5	10	23
Berufung gemäß Regel 220_2	14	10	29	7
Antrag gemäß Regel R333	10	7	7	28
Antrag auf Einstweilige Maßnahmen gemäß Regel 206	16	7	6	11
Antrag auf Einstweilige Maßnahmen gemäß Regel 192	6	1	0	4
Antrag auf Einstweilige Maßnahmen gemäß Regel 199	2	0	0	1
Verletzungsklage	74	36	47	41
Widerklage auf Nichtigerklärung	24	25	28	36
Klage auf Nichtigerklärung	24	4	12	4
Widerklage auf Verletzung	0	0	1	1
Nichtverletzung	1	1	1	0
Antrag auf Festsetzung von Schadenersatz	1	2	0	0
Klage auf Vergütung für eine Lizenzvereinbarung	0	0	1	0
Klage gegen eine Entscheidung des Europäischen Patentamts	0	0	0	1
Schutzschrift	505	77	66	73
Verlängerung einer Schutzschrift	34	31	42	32
Insgesamt	713	206	250	262

Es wird auf der Grundlage der oben genannten Fallzahlen und einer Hochrechnung bis zum Jahresende 2024 – basierend auf den während des FAP und der ersten drei Quartale 2024 eingereichten Fällen sowie den in diesen Zeiträumen gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnissen zur Schätzung des linearen Falltrends – davon ausgegangen, dass im Haushaltsjahr 2025 folgende Anzahl von Fällen beim EPG eingereicht wird.

Bruttoeinnahmen des GEI				
Art der Klage	Erwartete Anzahl	Festgebühren	Durchschnittliche variable Gebühren	Gesamteinnahmen für Anzahl der Klagen* (Festgebühren + durchschnittliche variable Gebühren)
Verletzungsklage	156	11 000	18 219	4 551 151
Verletzungswiderklage	2	11 000	18 219	58 438
Klage auf Feststellung der Nichtverletzung	3	11 000	18 219	84 151
Klage auf Zahlung einer Entschädigung für eine Lizenzvereinbarung	2	11 000	18 219	58 438
Antrag auf Festsetzung von Schadenersatz	2	3 000	18 219	42 438
Klage auf Nichtigerklärung	24	20 000		475 200
Widerklage auf Nichtigerklärung	108	-	17 210	1 862 810
Antrag auf einstweilige Maßnahmen	37	11 000		406 560
Klage gegen eine Entscheidung des EPA	2	1 000		2 000
Antrag auf Beweissicherung	4	350		1 386
Antrag auf Anordnung der Inspektion	2	350		700
Antrag auf Anordnung des Arrests von Vermögenswerten	2	1 000		2 000
Einreichung einer Schutzschrift	796	200		159 192

Antrag auf Verlängerung des Zeitraums, in dem die Schutzschrift im Register verbleibt	99	100		9 900
Antrag auf Wiederaufnahme eines Verfahrens	2	-		-
Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	2	350		700
Antrag auf Überprüfung einer verfahrensleitenden Anordnung	25	300		7 524
Einspruch gegen eine Versäumnisentscheidung	2	1 000		2 000
Insgesamt	1 270	82 650	108 305	7 724 589

Bruttoeinnahmen des Berufungsgerichts				
Art der Klage	Erwartete Anzahl	Festgebühren	Durchschnittliche variable Gebühren	Gesamteinnahmen für Anzahl der Klagen* (Festgebühren + durchschnittliche variable Gebühren)
Berufung gemäß Regel 220.1 (a) und (b) [R 228] in Bezug auf eine Verletzungsklage	55	11 000	18 219	1 607 045
Berufung gemäß Regel 220.1 (a) und (b) [R 228] in Bezug auf eine Klage auf Feststellung der Nichtverletzung	1	11 000	18 219	29 219
Berufung gemäß Regel 220.1 (a) und (b) [R 228] in Bezug auf einen Antrag auf Festsetzung von Schadenersatz	1	3 000	18 219	21 219
Berufung gemäß Regel 220.1 (a) und (b) [R 228] in Bezug auf eine Klage auf Nichtigerklärung	13	20 000		260 000

Berufung gemäß Regel 220.1 (a) und (b) [R 228] in Bezug auf eine Widerklage auf Nichtigerklärung	35	-	17 210	602 350
Berufung gemäß Regel 220.1 (c) [R 228] in Bezug auf einen Antrag auf einstweilige Maßnahmen	10	11 000		110 000
Insgesamt	115	56 000	71 867	2 629 833

Es wird ferner angenommen, basierend auf der Anzahl der bis September 2024 eingegangenen Fälle und zum Zweck der Berechnung der zusätzlichen streitwertabhängigen Gebühren, dass die folgende Verteilung der Fälle für 2025 erfolgen wird.

Von	Bis	Zusätzliche streitwertabhängige Gebühren	Prozentsatz der Fälle %
0 €	500 000 €	0 €	14%
500 001 €	750 000 €	2 500 €	7%
750 001 €	1 000 000 €	4 000 €	14%
1 000 001 €	1 500 000 €	8 000 €	2%
1 500 001 €	2 000 000 €	13 000 €	10%
2 000 001 €	3 000 000 €	20 000 €	8%
3 000 001 €	4 000 000 €	26 000 €	27%
4 000 001 €	5 000 000 €	32 000 €	6%
5 000 001 €	6 000 000 €	39 000 €	3%
6 000 001 €	7 000 000 €	46 000 €	1%
7 000 001 €	8 000 000 €	52 000 €	4%
8 000 001 €	9 000 000 €	58 000 €	0%
9 000 001 €	10 000 000 €	65 000 €	3%
10 000 001 €	15 000 000 €	75 000 €	1%
15 000 001 €	20 000 000 €	100 000 €	1%
20 000 001 €	25 000 000 €	125 000 €	0%
25 000 001 €	30 000 000 €	150 000 €	0%
30 000 001 €	50 000 000 €	250 000 €	0%
50 000 001 €		325 000 €	1%

100%

Das EPG führt seine Verfahren so durch, dass die letzte mündliche Verhandlung zu Verletzungsklagen und zur Rechtsgültigkeit in der ersten Instanz in der Regel innerhalb eines Jahres stattfindet und das Urteil sechs Wochen danach ergeht.

Die Verfahrensbeteiligten zahlen dem EPG im Voraus Festgebühren und streitwertabhängige Gebühren gemäß der Gerichtsgebührentabelle in der mit dem Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 8. Juli 2022 angenommenen Fassung.

Einige Parteien (insbesondere KMU und natürliche Personen) können Gebührenermäßigungen erhalten. Unter bestimmten Umständen können den Parteien Gebühren erstattet werden (z. B. im Falle einer frühzeitigen Streitbeilegung oder wenn der Fall von einem Einzelrichter bearbeitet wird).

Unter Berücksichtigung des Vorstehenden wird die Bruttogebühreneinnahmen des EPG (ohne Gebührenermäßigungen) für das Haushaltsjahr 2025 auf **EUR 10.354.422** geschätzt.

7 724 589 €	Bruttoeinnahmen des GEI
2 629 833 €	Bruttoeinnahmen des Berufungsgerichts
Gesamte Bruttoeinnahmen: 10 354 422 €	

Es ist zu beachten, dass für die Erstellung des Haushaltsplan 2025 weder vom Mediations- und Schiedszentrum für Patentsachen (PMAC) noch vom Schulungszentrum Einnahmen erwartet werden.

2) Kapitel 52 Beiträge der Mitgliedstaaten

Der vorliegende Entwurf des Haushaltsplans stützt sich auf den **vorläufigen Beitragsschlüssel** für den ursprünglichen und den Berichtigungshaushaltsplan für den Zeitraum der vorläufigen Anwendung (PAP), ungeachtet der parallel vorzunehmenden Aktualisierung des Beitragsschlüssels nach der Erhebung der einschlägigen Daten aus den Jahren 2020, 2021 und 2022. Diese Beiträge werden gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstaben a bis c der Finanzordnung für den PAP-Zeitraum berechnet.

Alle diese Beiträge werden gemäß dem aktualisierten Beitragsschlüssel fristgerecht angepasst und im entsprechenden Rechnungslegungszeitraum umgesetzt.

Andererseits war zum Zeitpunkt der Vorlage dieses Entwurfs des Haushaltsplans kein neuer Vertragsmitgliedstaat zu verzeichnen, sodass der vorliegende Entwurf des Haushaltsplans diesbezüglich keine Änderungen enthält.

Vorläufige Annahmen in Bezug auf Änderungen der Beiträge der Vertragsmitgliedstaaten für die Jahre 2025 bis 2029 sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt als theoretisch zu betrachten. Es sei darauf hingewiesen, dass die Annahme des vorliegenden Entwurfs des Haushaltsplans weder für das EPG noch für die Mitgliedstaaten hinsichtlich dieser vorläufigen Annahmen bindend ist.

Die Darstellung der von den Vertragsmitgliedstaaten zu entrichtenden Beiträge ist in Anhang 2 (Anhänge 2.1 und 2.2) in verschiedene Tabellen unterteilt, wobei der Möglichkeit eines Ausgleichs für den nicht in Anspruch genommenen Betriebsmittelfonds für den FAP Rechnung getragen wird.

3) Kapitel 53 Sonstige Betriebseinnahmen

Interne Steuer

Die für 2025 geplanten Einnahmen aus der internen Steuer erfassen die von den Bediensteten des EPG zu entrichtende Einkommensteuer.

Es sei darauf hingewiesen, dass die interne Steuer eine mögliche Anpassung der internen Steuerstufen vorsieht (basierend auf dem zuletzt im Januar 2024 verfügbaren aktualisierten Koeffizienten, der von der KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT im Juni 2024 veröffentlicht wurde). Gemäß Anhang III des Statuts der Beschäftigungsbedingungen für die Richter, den Kanzler und den Hilfskanzler des Einheitlichen Patentgerichts sowie gemäß dem Personalstatut des Einheitlichen Patentgerichts (Interne Steuer) erfolgt die erste Überprüfung der internen Steuerstufen spätestens 12 Monate nach Inkrafttreten des Übereinkommens über ein Einheitliches Patentgericht. Hierfür ist ein Beschluss der Ausschüsse erforderlich.

(Veraltet seit dem Beschluss des Haushaltsausschusses vom 7. September 2022):

Steuersatz

monatlich	von	bis	%
Steuer 1	127 €	2 234 €	8.0%
Steuer 2	2 234 €	3 077 €	10.0%
Steuer 3	3 077 €	3 526 €	12.5%
Steuer 4	3 526 €	4 004 €	15.0%
Steuer 5	4 004 €	4 453 €	17.5%
Steuer 6	4 453 €	4 889 €	20.0%
Steuer 7	4 889 €	5 338 €	22.5%
Steuer 8	5 338 €	5 774 €	25.0%
Steuer 9	5 774 €	6 223 €	27.5%
Steuer 10	6 223 €	6 659 €	30.0%
Steuer 11	6 659 €	7 108 €	32.5%
Steuer 12	7 108 €	7 544 €	35.0%
Steuer 13	7 544 €	7 993 €	40.0%
Steuer 14	7 993 €		45.0%

Steuersatz 2025

monatlich	von (monatlich)	bis	%
Steuer 1	143.22 €	2 528.86 €	8.0%
Steuer 2	2 528.86 €	3 483.15 €	10.0%
Steuer 3	3 483.15 €	3 991.84 €	12.5%
Steuer 4	3 991.84 €	4 532.77 €	15.0%
Steuer 5	4 532.77 €	5 041.46 €	17.5%
Steuer 6	5 041.46 €	5 534.61 €	20.0%
Steuer 7	5 534.61 €	6 043.52 €	22.5%
Steuer 8	6 043.52 €	6 536.68 €	25.0%
Steuer 9	6 536.68 €	7 045.23 €	27.5%
Steuer 10	7 045.23 €	7 538.52 €	30.0%
Steuer 11	7 538.52 €	8 047.43 €	32.5%
Steuer 12	8 047.43 €	8 540.58 €	35.0%
Steuer 13	8 540.58 €	9 049.28 €	40.0%
Steuer 14	9 049.28 €		45.0%

4) Kapitel 61 Ausgaben und Einnahmen für die Renten- und Sozialversicherungssysteme

Der Haushaltsplan weist die Ausgaben für die Renten- und Sozialversicherungssysteme aus, die für Planungszwecke als den Beiträgen des Gerichts und des Personals gleichwertig angesehen werden (Annahme, dass die Ausgaben den Einnahmen entsprechen).

Der Haushaltsplan weist die Einnahmen für die Renten- und Sozialversicherungssysteme aus, die den Beiträgen des Gerichts und des Personals entsprechen.

B. AUSGABEN UND INVESTITIONEN

Folgende Annahmen wurden berücksichtigt:

5) Kapitel 31 Gehälter

Um die voraussichtliche Fallbelastung im Jahr 2025 zu bewältigen, wird geschätzt, dass 60,3 Vollzeitäquivalente (VZÄ) für Richter beim EPG benötigt werden basierend auf der durchschnittlich erforderlichen Zeit zur Bearbeitung solcher geschätzten Fälle:

- 12 VZÄ am Berufungsgericht (1 Präsident und 11 weitere rechtlich qualifizierte Richter (VZÄ)),
- 48,3 Vollzeitäquivalente am Gericht erster Instanz (1 Präsident, 38,1 rechtlich qualifizierte Richter (VZÄ) und 9,2 technisch qualifizierte Richter des EPG (VZÄ), die sowohl für das Berufungsgericht als auch für das Gericht erster Instanz entweder auf Teilzeitbasis oder von Fall zu Fall tätig sein werden).

Darüber hinaus beschäftigt das EPG einen Kanzler und einen Hilfskanzler (2 VZÄ) sowie zwei Rechtsassistenten, einen für den Präsidenten des Berufungsgerichts und einen für den Präsidenten des Gerichts erster Instanz (2 VZÄ).

Weiteres Personal wird für das Schulungszentrum und das Mediations- und Schiedszentrum (PMAC) beschäftigt: 7 VZÄ [2 Direktoren, 3 Sekretäre und 2 Fallmanager].

Anzahl der
Bediensteter (VZÄ)

KATEGORIE	Netto Gehalt 2025 pro VZÄ	PAP Haushaltsplan	FAP Haushaltsplan	Haushaltsplan 2024	Schätzung 2025
Präsident des Berufungsgerichts	14 646 €	1,0	1,0	1	1,0
Berufungsgericht - Richter	14 063 €	1,0	2,7	4,1	*11,0
Präsident des Gerichts erster Instanz	13 441 €	1,0	1,0	1	1,0
Gericht erster Instanz - Richter	12 914 €	3,0	16,2	34,6	*47,3
Kanzler	14 063 €	1,0	1,0	1	1,0
Hilfskanzler	12 914 €	1,0	1,0	1	1,0
<i>Richter und Kanzler insgesamt</i>		<i>8,0</i>	<i>22,9</i>	<i>42,7</i>	<i>62,3</i>
Direktor des Mediations- und Schiedszentrums	8 552 €	0,0	1,0	1	1,0
Direktor des Schulungszentrums	8 552 €	1,0	1,0	1	1,0
Sekretär des Mediations- und Schiedszentrums	4 639 €	0,0	2,0	2	2,0
Sekretär des Schulungszentrums	4 639 €	0,0	1,0	1	1,0
Fallmanager	4 639 €	0,0	2,0	2	2,0
Rechtsassistent	8 879 €	0,0	0,0	2	2,0
Gesamtzahl der Bediensteten (VZÄ)		9,0	29,9	51,7	71,3

**Erhöhung der Arbeitszeit und schrittweise Ernennung auf vierteljährlicher Basis*

Die Dauerplanstellen im aktuellen Haushaltsplan 2024 sowie die im Haushaltsplan 2025 veranschlagten Dauerplanstellen Stellen sind wie folgt:

Planstellenanzahl	Aktuell 2024	2025
Präsident des Berufungsgerichts	1	1
Berufungsgericht - rechtlich qualifizierte Richter	6	11
Rechtsassistent für den Präsident des Berufungsgerichts	1	1
Gesamtzahl der Dauerplanstellen am Berufungsgericht	8	13
<i>Präsidentin des Gerichts erster Instanz</i>	1	1
Gericht erster Instanz - rechtlich qualifizierte Richter	35	46
Paris Zentralkammer	4	4
München Zentralkammer	3	3
Mailand Zentralkammer	3	3
Paris Lokalkammer	2	2
München Lokalkammer	4	4
Mailand Lokalkammer	2	2
Düsseldorf Lokalkammer	2	2
Hamburg Lokalkammer	2	2
Mannheim Lokalkammer	3	3
Den Haag Lokalkammer	2	2
Wien Lokalkammer	1	1
Brüssel Lokalkammer	1	1
Kopenhagen Lokalkammer	1	1
Helsinki Lokalkammer	1	1
Lissabon Lokalkammer	1	1
Ljubljana Lokalkammer	1	1
Stockholm Nordisch-baltische Regionalkammer	2	2
Zusätzliche Planstellen für rechtlich qualifizierte Richter im Jahr 2025	-	11
Gericht erster Instanz - technisch qualifizierte Richter	75	115
Rechtsassistent für die Präsidentin des Gerichts erster Instanz	1	1
Gesamtzahl der Dauerplanstellen am Gericht erster Instanz	112	163
Kanzler	1	1
Hilfskanzler	1	1
Gesamtzahl der Dauerplanstellen an der Kanzlei	2	2
Direktor des Mediations- und Schiedszentrums	1	1
Sekretär des Mediations- und Schiedszentrum	1	2
Fallmanager	-	2
Gesamtzahl der Dauerplanstellen am Mediations- und Schiedszentrum	2	5

Gesamtzahl der Dauerplanstellen am Gericht	124	183
---	------------	------------

Bitte beachten Sie, dass die Schätzungen des Haushaltsplans 2025 so erstellt wurden, dass die Arbeitskapazität des Gerichts durch neue Einstellungen angepasst wird (im Rahmen von bis zu 11 zusätzlichen Dauerplanstellen, die entsprechend den Erfordernissen auf die betroffenen Kammern verteilt werden) und parallel dazu durch eine Erhöhung der Arbeitszeit der bereits ernannten Richter. Die Haushaltsschätzungen für diese zusätzlichen Einstellungen sollen auch dazu verwendet werden, die Arbeitszeit bestimmter Richter gegebenenfalls zu erhöhen, um sicherzustellen, dass die Arbeitszeit in den einzelnen Kammern und für die internationalen Richter möglichst effizient und flexibel angepasst werden kann.

Die Gesamtzahl der vom EPG beschäftigten Richter und Personal, die im Haushaltsplan 2025 enthalten sein sollten, beträgt 71,3 VZÄ, was zu den folgenden geschätzten Kosten führt: 17 131 619 EUR (einschließlich Ausgaben für die Renten- und Sozialversicherungssysteme)

13 999 641 €	Gehälter
3 131 978 €	Beiträge zu Renten- und Sozialversicherungssystemen
Gesamtausgaben: EUR 17 131 619	

Bruttogehälter und Zulagen nach Art der Tätigkeit

KATEGORIE	Gesamtsumme 2025 in EUR
Präsident des Berufungsgerichts	289 419 €
Berufungsgericht - Richter	2 384 527 €
Präsident des Gerichts erster Instanz	261 612 €
Gericht erster Instanz - Richter	9 543 697 €
Kanzler	278 747 €
Hilfskanzler	250 314 €
<i>Richter und Kanzler insgesamt</i>	13 008 317 €
Direktor des Mediations- und Schiedszentrums	148 833 €
Direktor des Schulungszentrums	148 833 €
Sekretär des Mediations- und Schiedszentrum	152 366 €
Sekretär des Schulungszentrums	76 183 €
Fallmanager	152 366 €
Rechtsassistent für die Präsidenten	€ 312 742
Gehälter insgesamt: 13 999 641 EUR	€ 13 999 641

In Ermangelung einer aktualisierten versicherungsmathematischen Studie ist anzumerken, dass die Ausgaben für das Versorgungssystem die möglichen Auswirkungen von Änderungen der versicherungsmathematischen Annahmen für die Jahre 2024 und 2025 und deren Auswirkungen auf die zusätzlich erforderlichen Kosten für das Versorgungssystem nicht berücksichtigen. Eine Aktualisierung der Kosten für das Versorgungssystem, einschließlich etwaiger rückwirkender Auswirkungen, wird im Berichtungshaushaltsplan 2025 berücksichtigt werden.

*Es sei ferner darauf hingewiesen, dass **die Gehaltskosten eine Anpassung der Gehälter und der damit verbundenen Zulagen (nur auf Zulagen beschränkt, die Anpassungen unterliegen) mit einem realen Satz von 11,24% umfasst.***

Der Satz von 11,24 % setzt sich aus einem Nominalsatz von 5 % (teilweise Gehaltsanpassungen zwischen 2016 und 2023) und 6 % (der vorläufigen Inflationsrate für 2024, veröffentlicht im Eurostat-Bericht, die Ende Oktober 2024 abgestimmt werden soll) zusammen.

*Gemäß Artikel 33 des Statuts der Beschäftigungsbedingungen entscheidet der Verwaltungsausschuss jedes Jahr auf Vorschlag des Haushaltsausschusses über eine Anpassung der Vergütung der Richter, des Kanzlers und des Hilfskanzlers. Dieser Beschluss wird sich auf den Haushaltsplan 2025 auswirken. **Um das Ausmaß der Auswirkungen einschätzen zu können, sind Beiträge der Ausschüsse erforderlich.***

6) Kapitel 32 Renten- und Sozialversicherungssysteme

Versorgungssystem

Der vorliegende Haushaltsplan 2025 beruht auf den Grundsätzen und Beitragssätzen, die gemäß den in der Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 8. Juli 2022 gefassten Beschlüssen bereits für die vorhergehenden Haushaltspläne festgelegt wurden.

Kranken- und Sozialversicherung

Der vorliegende Haushaltsplan 2025 umfasst den angenommenen Vorschlag für die Kranken- und Sozialversicherung. Im Einzelnen sieht der Haushaltsplan folgende Beitragssätze vor:

- 3,80 % für Kranken- und Sozialversicherung, wobei ein Drittel aus dem Gehalt (1,73 %) und zwei Drittel vom Gericht (2,37 %) bestritten werden.
- 0,3 % für Verwaltungsgebühren, die in vollem Umfang vom EPG getragen werden, wobei der allgemeine Grundsatz gilt, dass die Verwaltungskosten vom Arbeitgeber getragen werden.
- Ermäßigung in Höhe von 35 % für anspruchsberechtigte Teilzeitrichter (50 %), denen empfohlen wird, die Primärversorgung ihres nationalen Systems in Anspruch zu nehmen.
- 5,5 % für das Dienstunfähigkeits-/Todesfallrisiko; der Satz kommt für alle Bediensteten des EPG zur Anwendung und wird vollständig vom Gericht getragen.

System	Beitrag der Bediensteten	EPG-Beitrag
Rente	10,80%	16,20%
Gesundheitsversorgung	1,27%	2,83%
Invalidität/Todesfall	0,00%	5,50%
Langzeitpflege	0,00%	0,00%

Alle Beiträge werden auf Basis des Bruttogehalts berechnet.

7) Kapitel 33 bis 37 Allgemeine Betriebsausgaben, Betriebsmittelfonds, Erstattungen an die Mitgliedstaaten und sonstige Ausgaben

Ausgaben für IT-Betrieb, Datenbanken und elektronische Bibliothek

Die Ausgaben für den IT-Betrieb, Datenbanken und die elektronische Bibliothek belaufen sich auf **1 859 792 EUR** bzw. **190 882 EUR**.

Siehe Anhang 3 (Vermerk über die Ausgaben für Informationstechnologie).

Mediations- und Schiedszentrum für Patentsachen (Patent Mediation and Arbitration Centre, PMAC)

Das Zentrum stellt Einrichtungen für Mediation und Schiedsverfahren bei Patentstreitigkeiten bereit, die in den Geltungsbereich des Übereinkommens über ein Einheitliches Patentgericht fallen (EPGÜ).

Der Haushaltsplan des PMAC ist Teil des Haushaltsplans des EPG. Der Direktor des PMAC erstellt jedoch den Entwurf des jährlichen Haushaltsplans zur Genehmigung durch den Haushaltsausschuss des EPG.

Da der Direktor des PMAC erst kürzlich im September 2024 ernannt wurde, wurden die Betriebskosten des PMAC vom PMAC-Direktor geschätzt und im vorliegenden Haushalt berücksichtigt.

*Die Gesamtsumme für das PMAC werden auf **415 929 EUR** geschätzt.*

53 922 €	Miete
84 761 €	Betriebskosten
16 000 €	Einrichtungskosten
50 000 €	Beratung
10 000 €	Rechtsexperte
40 000 €	Soziale und interne Veranstaltungen
5 000 €	Kommunikationskosten
15 000 €	Übersetzungskosten
33 645 €	Dolmetscher für Anhörungen
42 600 €	Schulung von Mediatoren und Schiedsrichtern
30 000 €	Bibliothek Online-Datenbank
20 000 €	juristische Buchunterlagen
7 000 €	Gebäudeversicherung
8 000 €	sonstige Kosten
415 929 €	

Sitzungen des Verwaltungsausschusses, des Haushaltsausschusses und des Beratenden Ausschusses

Im Jahr 2025 sind 12 Präsenzsitzungen vorgesehen (4 Sitzungen des Verwaltungsausschusses des EPG, 4 Sitzungen des Haushaltsausschusses des EPG und 4 Sitzungen des Beratenden Ausschusses des EPG).

Sitzungen des Präsidiums und des Kanzlers/Hilfskanzlers

Im Jahr 2025 sind 48 Präsenzsitzungen vorgesehen, die das Präsidium des Gerichts und die beiden Kanzler betreffen: zwölf Sitzungen des Präsidiums, fünfzehn Sitzungen des Kanzlers und einundzwanzig Sitzungen des Hilfskanzlers.

Dienstreisen

Im vorliegenden Entwurf des Haushaltsplans 2025 ist ein starker Anstieg der Ausgaben für Dienstreisen zu erkennen. Darin spiegelt sich der zusätzliche Bedarf entsprechend der richterlichen Tätigkeit des Gerichts wider (Dienstreisen von Teilzeitrichtern machen bis zu 50 % der Arbeitszeit aus; bei Richtern auf Einzelfallbasis, die ihren Wohnsitz nicht am Ort der Abteilung haben, der sie zugewiesen sind).

Die Dienstreisekosten der Delegierten der Mitgliedstaaten und der von den Mitgliedstaaten bereitgestellten Bediensteten des EPG werden gemäß dem Übereinkommen während der Übergangszeit von den Mitgliedstaaten getragen.

52 500 €	Dienstreisen Beratender Ausschuss
51 139 €	Dienstreisen Präsidium
25 570 €	Dienstreisen der Präsidenten zu Konferenzen
1 043 981 €	Dienstreisen Richter
28 177 €	Dienstreisen Kanzler/Hilfskanzler
10 089 €	Dienstreisen Bedienstete des Schulungszentrums
51 266 €	Dienstreisen Bedienstete des Mediations- und Schiedszentrums
65 817 €	sonstiges Personal (zur Dienstreisekostenerstattung berechtigt)
1 328 538 €	

Die Gesamtsumme der geschätzten Kosten für Dienstreisen beträgt **1 328 538 EUR**

Schulung

Der vorliegende Entwurf des Haushaltsplans 2025 berücksichtigt den anhaltenden Bedarf an Schulungsausgaben für Richter und Bedienstete des EPG im Jahr 2025, wie in Artikel 11 des EPG-Übereinkommens und Artikel 11 der Satzung des EPG vorgesehen.

Die Ausgaben für Schulung umfassen die gesamten Schulungskosten für die ernannten Richter und die Bediensteten des EPG (einschließlich Reisekosten und Tagegeld für die

Praktikanten) und Teambildung/Schulungen für das Unterstützungspersonal der Mitgliedstaaten (ohne Reisekosten und Tagegeld).

301 769 €	1 dreitägiges Symposium für alle Richter (rechtlich und technisch qualifizierte Richter)
112 238 €	1 dreitägige Schulung/Workshop für rechtlich qualifizierte Richter
71 308 €	Teambildung und Schulungen für das Unterstützungspersonal der Mitgliedstaaten (2 Schulungen)
10 000 €	Managementkurse
123 100 €	Sprachkurse

618 415 €

Die Gesamtkosten für die Schulung werden auf **618 415 EUR** geschätzt.

Es sei angemerkt, dass die Schätzung der Einrichtungs- und Mobiliarkosten für das Schulungszentrum auf theoretischen Annahmen beruht. Um das Ausmaß der finanziellen Auswirkungen beurteilen zu können, ist eine Rückmeldung des Verwaltungsausschusses zu Ort und Zeitpunkt der Einrichtung des Schulungszentrums erforderlich.

Betriebsmittelfonds

Die Berechnung des Betrags von 4,435,590 EUR für den Betriebsmittelfonds basiert auf Standardsätzen.

Mit dem Betriebsmittelfonds werden insbesondere folgende spezifische Ziele verfolgt:

- Deckung unvermeidbarer und berechtigter Ausgaben, die zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushaltsplans nicht genau veranschlagt werden können
- Bereitstellung von Mitteln für unerwartete Erhöhungen von Haushaltslinien auf der Grundlage von Beschlüssen des Präsidiums gemäß den Finanzvorschriften, ohne dass zusätzliche Beiträge der Mitgliedstaaten erforderlich sind.

In Ermangelung konkreter rechtlicher Vorgaben wurde der Betrag des Betriebsmittelfonds in der Praxis wie folgt festgelegt:

- Zur Sicherung kurzfristiger Liquidität, falls die Mitgliedstaaten ihren festgelegten Beitrag nicht rechtzeitig leisten: 1/12 (d.h. 30 Tage) der jährlichen Ausgaben für Gehälter, Renten- und Sozialversicherungsbeiträge sowie andere Betriebsausgaben.
- Für unvermeidbare Ausgaben, die nicht vorhersehbar oder nicht genau abschätzbar waren: -10 % der Haushaltsausgaben (ohne Gehälter).

-1/12 (d.h. 30 Tage) der jährlichen Ausgaben für Gehälter, Renten- und Sozialversicherungsbeiträge sowie andere Betriebsausgaben.

-ein veranschlagter Betrag in Zusammenhang mit den Vorausschüssen des Vereinigten Königreichs in Bezug auf den Zeitraum vor dem PAP, der in einem gesonderten Beschluss behandelt wird.

Sonstige Ausgaben

Die folgenden sonstigen Ausgaben werden wie folgt veranschlagt:

916 586 €	Übersetzungs-, Veröffentlichungs- und Kommunikationskosten
650 624 €	Beratung (Rechts- und Compliance-Beratung, Beratung zur Rechnungslegung, Rentenberatung usw.)
100 000 €	Kollegium der Rechnungsprüfer
172 886 €	Gebühren und Entgelte für die Wartung des CMS
1 164 733 €	Prozesskostenhilfe und Erstattung an Dritte
79 000 €	Sonstige Kosten
2 213 €	Bankgebühren

3 086 042 €

Die Ausgaben für Übersetzungen betreffen hauptsächlich die erwartete Übersetzung der EPG-Fallakten (KEUR 322) und die Dolmetschergebühren für die Gerichtsverhandlungen (KEUR 336).

Die Beratungshonorare spiegeln hauptsächlich den Bedarf des Gerichts an juristischen, buchhalterischen und anderen Beratungsdiensten wider (KEUR 479), den Bedarf an Sachverständigendiensten für das Gericht nach dem Verfo (KEUR 100) sowie die erwarteten Verwaltungskosten für Renten (KEUR 172).

Die Prozesskostenhilfe und Erstattungen betreffen hauptsächlich die erwartete Prozesskostenhilfe und potenzielle Erstattungen im Zusammenhang mit Klagerücknahmen und Anträgen gemäß den in der Verfahrensordnung des Gerichts festgelegten Bestimmungen und basieren auf den Fällen aus den Jahren 2023 und 2024.

Basierend auf der Anzahl der bis September 2024 eingegangenen Ermäßigungs- und Rücknahmefälle sowie der Erwartung des Gerichts für das Jahr 2025 werden die folgenden Sätzen für KMU-Ermäßigungen und Klagerücknahmen bzw. Anträge angenommen:

Ermäßigungen für KMU

Anteil der Fälle, die KMU betreffen	Durchschnittliche Höhe der Ermäßigungen
10%	60%

Vergleich / Rücknahme

Anteil der Fälle, die einem Vergleich oder einer Rücknahme unterliegen
10%

davon	Durchschnittliche Höhe der Ermäßigungen
20%	60%
50%	40%
30%	20%

Durchschnittliche Ermäßigung bei Vergleich oder Rücknahme
3.80%

150 000 €	Prozesskostenhilfe
393 468 €	Rücknahmen
621 265 €	Ermäßigungen für KMU
Gesamtsumme für Prozesskostenhilfe und Erstattungen: 1 164 773 EUR	

8) Kapitel 41 Investitionsausgaben für IT

Die Investitionsausgaben für IT (insbesondere in Bezug auf das Fallbearbeitungssystem des Gerichts, das CMS, für das GEI/das Berufungsgericht & PMAC, die EPG-Website sowie die Analyse- und Berichterstattungslösung) belaufen sich auf 1 256 600 EUR.

Der Betrag spiegelt die Notwendigkeit wider, das CMS zu ersetzen und den Übergang vom aktuellen System zum zukünftigen System zu vollziehen. Es umfasst auch die Einrichtung des CMS für das PMAC sowie die Einrichtung eines Analyse- und Berichterstattungssystems für Daten aus den IT-Lösungen des Gerichts (hauptsächlich CMS, Finanzen und Personalwesen).

Nähere Einzelheiten sind Anhang 3 (Vermerk über die Ausgaben für Informationstechnologie) zu entnehmen.

3. Anhänge

Anhang 1: HAUSHALTSPLAN DES EINHEITLICHEN PATENTGERICHTS**Anhang 1.1: Haushaltsplan des Einheitlichen Patentgerichts: Mittel**

Section	Title	2024	Estimated 2025
3	Operating and Financial Expenditure	€ 19 448 426	€ 29 087 747
31	Salaries	€ 7 559 750	€ 13 999 641
311	Court of Appeal	€ 1 163 860	€ 2 673 947
312	Court of first instance	€ 5 192 080	€ 9 805 309
313	Registrar & deputy registrar	€ 473 042	€ 529 061
314	Other staff directly employed by the Court	€ 730 768	€ 991 324
32	Pension and social security contributions	€ 2 760 454	€ 3 131 978
321	Court of Appeal	€ 493 821	€ 627 433
322	Court of first instance	€ 1 850 725	€ 2 152 186
323	Registrar & deputy registrar	€ 259 675	€ 124 940
324	Other staff directly employed by the Court	€ 156 233	€ 227 419
325	Pension and social security contributions to national systems	€ -	€ -
33	General operating expenses	€ 5 540 204	€ 6 353 592
331	IT Operating Expenditure, databases and eLibrary	€ 1 206 648	€ 2 050 614
332	Meetings of the Committees	€ 9 555	€ 21 000
333	Translation, publication & communication costs	€ 791 200	€ 916 586
334	Training centre	€ 1 290 065	€ 618 415
335	Mediation and arbitration centre	€ 110 733	€ 415 929
336	Duty travel	€ 803 161	€ 1 328 538
337	Consultancy and audit	€ 946 711	€ 750 624
338	Charges for Cases and Applications	€ 307 132	€ 172 886
339	Others	€ 75 000	€ 79 000
34	Working Capital Fund	€ 2 142 848	€ 4 435 590
341	Working Capital Fund	€ 2 142 848	€ 4 435 590
35	Repayments to MS	€ 544 613	€ -
351	Asset-related repayments	€ 544 613	€ -
352	Other repayments	€ -	€ -
36	Legal aid and reimbursement to third parties	€ 898 400	€ 1 164 733
361	Legal aid	€ 150 000	€ 150 000
362	Reimbursements to third parties	€ 748 400	€ 1 014 733
37	Other general operating expenses	€ 2 156	€ 2 213
371	Non-refundable taxes & public levies	€ -	€ -
374	Foreign currency losses	€ -	€ -
375	Damages/internal appeals Damages, internal appeals	€ -	€ -
376	Bank charges	€ 2 156	€ 2 213
38	Depreciation and amortization expense	€ -	€ -
381	Depreciation of fixed assets	€ -	€ -
382	Amortisation of intangible assets	€ -	€ -
39	Financial expenses		€ -
4	Capital expenditure	€ 2 713 348	€ 1 256 600
41	IT Capital expenditure	€ 2 713 348	€ 1 256 600
411	IT Capital expenditure	€ 2 713 348	€ 1 256 600
5	Revenue	€ 22 161 774	€ 30 344 347
51	Revenue from court fees	€ 4 500 000	€ 10 354 422
511	Court fees	€ 4 500 000	€ 10 354 422
512	Income from mediation centre	€ -	€ -
513	Income from arbitration centre	€ -	€ -
52	Contributions by participating Member States	€ 16 005 431	€ 16 885 365
521	Contributions to assets	€ -	€ -
522	Contribution to FAP OPEX + Fin	€ 13 862 583	€ 12 449 776
523	Contributions to the Working Capital	€ 2 142 848	€ 4 435 590
53	Other operating income	€ 1 656 343	€ 3 104 560
531	Other court fees	€ -	€ -
532	Income from training centre	€ -	€ -
533	Internal tax	€ 1 656 343	€ 3 104 560
535	Foreign currency gains	€ -	€ -
54	Work performed and capitalised	€ -	€ -
541	Work performed and capitalised	€ -	€ -
55	Financial income	€ -	€ -
551	Financial income	€ -	€ -
6	PSSS Expenditure	€ 3 625 402	€ 4 720 902
610	Payments from Social Security Schemes	€ 3 625 402	€ 4 720 902
7	PSSS Income	€ 3 625 402	€ 4 720 902
710	Income Social Security Schemes	€ 3 625 402	€ 4 720 902

Anhang 1.2: vorläufige Annahmen für die nächsten vier Jahre

Section	Title	assumptions 2026	assumptions 2027	assumptions 2028	assumptions 2029
3	Operating and Financial Expenditure	€ 37 592 401	€ 42 293 603	€ 48 603 392	€ 53 987 271
31	Salaries	€ 21 808 705	€ 24 881 558	€ 29 071 205	€ 32 412 807
311	Court of Appeal	€ 5 324 019	€ 5 933 027	€ 6 967 354	€ 7 838 824
312	Court of first instance	€ 14 868 307	€ 17 232 235	€ 20 281 458	€ 22 701 269
313	Registrar & deputy registrar	€ 563 781	€ 598 630	€ 635 637	€ 653 189
314	Other staff directly employed by the Court	€ 1 052 599	€ 1 117 665	€ 1 186 756	€ 1 219 525
32	Pension and social security contributions	€ 4 875 961	€ 5 575 969	€ 6 499 201	€ 7 258 409
321	Court of Appeal	€ 1 259 294	€ 1 411 336	€ 1 656 049	€ 1 863 534
322	Court of first instance	€ 3 242 496	€ 3 767 298	€ 4 421 220	€ 4 961 277
323	Registrar & deputy registrar	€ 132 674	€ 140 887	€ 149 609	€ 153 746
324	Other staff directly employed by the Court	€ 241 497	€ 256 447	€ 272 323	€ 279 852
325	Pension and social security contributions to national systems	€ -	€ -	€ -	€ -
33	General operating expenses	€ 6 492 266	€ 7 160 976	€ 7 875 409	€ 8 727 850
331	IT Operating Expenditure, databases and eLibrary	€ 1 627 861	€ 1 796 452	€ 1 955 318	€ 2 177 589
332	Meetings of the Committees	€ 22 050	€ 23 159	€ 24 318	€ 25 540
333	Translation, publication & communication costs	€ 1 007 626	€ 1 110 127	€ 1 222 029	€ 1 343 710
334	Training centre	€ 733 177	€ 787 650	€ 861 389	€ 922 060
335	Mediation and arbitration centre	€ 631 113	€ 660 777	€ 692 777	€ 727 279
336	Duty travel	€ 1 521 978	€ 1 756 105	€ 2 038 508	€ 2 393 759
337	Consultancy and audit	€ 747 461	€ 823 531	€ 874 037	€ 926 327
338	Charges for Cases and Applications	€ 120 000	€ 120 000	€ 120 000	€ 120 000
339	Others	€ 81 000	€ 83 175	€ 87 034	€ 91 585
34	Working Capital Fund	€ 3 233 473	€ 3 476 395	€ 3 940 434	€ 4 350 881
341	Working Capital Fund	€ 3 233 473	€ 3 476 395	€ 3 940 434	€ 4 350 881
35	Repayments to MS	€ -	€ -	€ -	€ -
351	Asset-related repayments	€ -	€ -	€ -	€ -
352	Other repayments	€ -	€ -	€ -	€ -
36	Legal aid and reimbursement to third parties	€ 1 179 733	€ 1 196 233	€ 1 214 383	€ 1 234 348
361	Legal aid	€ 165 000	€ 181 500	€ 199 650	€ 219 615
362	Reimbursements to third parties	€ 1 014 733	€ 1 014 733	€ 1 014 733	€ 1 014 733
37	Other general operating expenses	€ 2 263	€ 2 472	€ 2 760	€ 2 976
371	Non-refundable taxes & public levies	€ -	€ -	€ -	€ -
374	Foreign currency losses	€ -	€ -	€ -	€ -
375	Damages/internal appeals Damages, internal appeals	€ -	€ -	€ -	€ -
376	Bank charges	€ 2 263	€ 2 472	€ 2 760	€ 2 976
38	Depreciation and amortization expense	€ -	€ -	€ -	€ -
381	Depreciation of fixed assets	€ -	€ -	€ -	€ -
382	Amortisation of intangible assets	€ -	€ -	€ -	€ -
39	Financial expenses	€ -	€ -	€ -	€ -
4	Capital expenditure	€ 448 000	€ 242 500	€ 100 000	€ -
41	IT Capital expenditure	€ 448 000	€ 242 500	€ 100 000	€ -
411	IT Capital expenditure	€ 448 000	€ 242 500	€ 100 000	€ -
5	Revenue	€ 38 040 401	€ 42 536 103	€ 48 703 392	€ 53 987 271
51	Revenue from court fees	€ 10 354 422			
511	Court fees	€ 10 354 422	€ 10 354 422	€ 10 354 422	€ 10 354 422
512	Income from mediation centre	€ -	€ -	€ -	€ -
513	Income from arbitration centre	€ -	€ -	€ -	€ -
52	Contributions by participating Member States	€ 22 594 902	€ 26 198 645	€ 31 178 607	€ 35 542 261
521	Contributions to assets	€ -	€ -	€ -	€ -
522	Contribution to FAP OPEX + Fin	€ 19 361 430	€ 22 722 250	€ 27 238 173	€ 31 191 380
523	Contributions to the Working Capital	€ 3 233 473	€ 3 476 395	€ 3 940 434	€ 4 350 881
53	Other operating income	€ 5 091 077	€ 5 983 036	€ 7 170 363	€ 8 090 589
531	Other court fees	€ -	€ -	€ -	€ -
532	Income from training centre	€ -	€ -	€ -	€ -
533	Internal tax	€ 5 091 077	€ 5 983 036	€ 7 170 363	€ 8 090 589
535	Foreign currency gains	€ -	€ -	€ -	€ -
54	Work performed and capitalised	€ -	€ -	€ -	€ -
541	Work performed and capitalised	€ -	€ -	€ -	€ -
55	Financial income	€ -	€ -	€ -	€ -
551	Financial income	€ -	€ -	€ -	€ -
6	PSSS Expenditure	€ 7 368 596	€ 8 426 456	€ 9 826 839	€ 10 971 500
610	Payments from Social Security Schemes	€ 7 368 596	€ 8 426 456	€ 9 826 839	€ 10 971 500
7	PSSS Income	€ 7 368 596	€ 8 426 456	€ 9 826 839	€ 10 971 500
710	Income Social Security Schemes	€ 7 368 596	€ 8 426 456	€ 9 826 839	€ 10 971 500

*Die Haushaltspläne für 2026-2029 basieren auf theoretischen Annahmen und sollten für das Gericht nicht verbindlich sein.

Anhang 2: Von den Vertragsmitgliedstaaten für das Jahr 2025 zu leistende Beiträge:

Anhang 2.1: Von den Vertragsmitgliedstaaten für das Jahr 2025 zu leistende Beiträge:

Anzahl der beitretenden Staaten				2025				
Mitgliedstaat	Beitragschlüssel (PC/02/04 1114)	Ratifizierung (Ja=1, Nein=0)	Beitragsschlüssel für beitretende Staaten	Beiträge zum Betriebsmittelfonds (1)	Beiträge zu Betriebsausgaben und IT-Investitionsausgaben (CAPEX) (2)	Gesamtbeitrag fällig (1)+(2)	Gesamtbeitrag fällig vor dem 15. Februar 2025 ((1)+50%*(2))	Gesamtbeitrag fällig vor dem 1. Juni 2025 (50%*(2))
AT	2,64	1,00	2,64	€ 117 202	€ 328 961	€ 446 163	€ 281 682	€ 164 481
BE	3,25	1,00	3,25	€ 144 369	€ 405 214	€ 549 582	€ 346 976	€ 202 607
BG	0,36	1,00	0,36	€ 15 845	€ 44 474	€ 60 319	€ 38 082	€ 22 237
DE	42,82	1,00	42,82	€ 1 899 514	€ 5 331 541	€ 7 231 055	€ 4 565 285	€ 2 665 770
DK	2,14	1,00	2,14	€ 95 021	€ 266 703	€ 361 724	€ 228 372	€ 133 352
EE	0,21	1,00	0,21	€ 9 488	€ 26 630	€ 36 118	€ 22 803	€ 13 315
FI	1,64	1,00	1,64	€ 73 986	€ 178 977	€ 242 964	€ 153 254	€ 89 488
FR	14,75	1,00	14,75	€ 654 426	€ 1 836 382	€ 2 490 808	€ 1 572 617	€ 918 191
IT	17,44	1,00	17,44	€ 773 405	€ 2 170 787	€ 2 944 192	€ 1 858 798	€ 1 085 394
LT	0,31	1,00	0,31	€ 13 753	€ 53 153	€ 66 906	€ 33 558	€ 19 595
LU	1,12	1,00	1,12	€ 49 584	€ 139 172	€ 188 756	€ 119 170	€ 69 586
LV	0,36	1,00	0,36	€ 15 758	€ 44 228	€ 59 986	€ 37 872	€ 22 114
MT	1,41	1,00	1,41	€ 62 706	€ 176 003	€ 238 709	€ 150 708	€ 88 002
NL	6,35	1,00	6,35	€ 281 684	€ 790 529	€ 1 072 177	€ 676 949	€ 395 265
PT	1,38	1,00	1,38	€ 61 244	€ 171 773	€ 233 017	€ 147 131	€ 85 887
RO	0,70	1,00	0,70	€ 31 065	€ 86 107	€ 117 545	€ 74 119	€ 43 054
SE	2,75	1,00	2,75	€ 121 874	€ 337 902	€ 459 776	€ 290 825	€ 168 951
SI	0,46	1,00	0,46	€ 20 346	€ 57 107	€ 77 453	€ 48 889	€ 28 554
	100,00	100,00	100,00	€ 4 435 590	€ 12 449 776	€ 16 885 365	€ 10 660 477	€ 6 224 888

- (1) Artikel 63 Absatz 3 der Finanzordnung des EPG sieht Folgendes vor: „Nach Festlegung der Höhe des Betriebsmittelfonds unterrichtet das Präsidium des Gerichts die Vertragsmitgliedstaaten, die das Übereinkommen ratifiziert haben, über ihre Verpflichtungen im Hinblick auf die Vorauszahlungen an den Betriebsmittelfonds. Die Vorauszahlungen gelten [als] fällig und in voller Höhe zahlbar innerhalb von 45 Tagen nach Eingang der Mitteilung des Präsidiums des Gerichts.“ Aus praktischen Gründen wird der Antrag für den Betriebsmittelfonds für 2025 so gestellt, dass die erste Hälfte des gesamten für 2025 veranschlagten Beitrags zu den Betriebskosten vor dem 15. Februar 2026 zu leisten ist.
- (2) Gemäß Artikel 7 der Finanzordnung des EPG werden, wenn der Haushaltsplan vor dem 1. Januar festgestellt wurde, 50 % der in den Artikeln 36 und 37 Absätze 3 und 4 des EPG-Übereinkommens genannten Beiträge vor dem 15. Februar und 50 % vor dem 1. Juni gezahlt.

Anhang 2.2: Abzurufende Beiträge (Verrechnung mit dem Betriebsmittelfonds für den FAP)

Artikel 63 Absatz 7 der Finanzordnung des EPG sieht Folgendes vor: „Ein etwaiger Barüberschuss des Betriebsmittelfonds wird in dem Verhältnis auf die Vertragsmitgliedstaaten aufgeteilt, das dem in Artikel 37 Absätze 3 und 4 des Übereinkommens vorgesehenen Beitragsschlüssel entspricht. Ab dem 1. Januar des Jahres, das auf das Jahr folgt, in dem die Rechnungsprüfung des Rechnungslegungszeitraums abgeschlossen worden ist, wird der so ermittelte Anteil eines Vertragsmitgliedstaats diesem Mitgliedstaat gutgeschrieben, wenn seine Beiträge für den Rechnungslegungszeitraum in voller Höhe gezahlt worden sind, und zur vollständigen oder teilweisen Tilgung erstens aller dem Betriebsmittelfonds geschuldeten Vorauszahlungen, zweitens aller etwaigen Rückstände bei den festgesetzten Beiträgen, und drittens, der festgesetzten Beiträge für das Kalenderjahr, das auf das Jahr folgt, in dem die Prüfung abgeschlossen worden ist, verwandt.“

Daher könnte, da die Prüfung des FAP vor der Verabschiedung des Haushaltsplans 2025 abgeschlossen wurde und gemäß dem Beschluss des Haushaltsausschusses vom 14. März 2024, 1.733.982 EUR aus den nicht verwendeten FAP-Mitteln in den verabschiedeten Haushaltsplan 2024 zu übertragen sind, ein Gesamtbetrag von 8.698.583 EUR (einschließlich des bereits verabschiedeten Betrags des Betriebsmittelfonds in Höhe von 2.410.637 EUR für den FAP) wie folgt mit dem Abruf der Haushaltsmittel für 2025 verrechnet werden:

Anzahl der beitretenden Staaten				NICHT GENUTZTER FAP-ABZUG IN ZAHLUNGSMITTELN		
Mitgliedstaat	Beitragsschlüssel (PC/02/041114)	Ratifizierung (Ja=1, Nein=0)	Beitragsschlüssel für beitretende Staaten	Gesamtbeitrag 2025 (A)	FAP-Kompensation (B)	Netto-Beitrag 2025 (C) = (a) + (B)
AT	2,64	1,00	2,64	€ 446 163	-€ 231 454	€ 214 709
BE	3,25	1,00	3,25	€ 549 582	-€ 285 105	€ 264 478
BG	0,36	1,00	0,36	€ 60 319	-€ 31 291	€ 29 027
DE	42,82	1,00	42,82	€ 7 231 055	-€ 3 751 229	€ 3 479 826
DK	2,14	1,00	2,14	€ 361 724	-€ 187 650	€ 174 074
EE	0,21	1,00	0,21	€ 36 118	-€ 18 737	€ 17 381
FI	1,44	1,00	1,44	€ 242 742	-€ 125 927	€ 116 815
FR	14,75	1,00	14,75	€ 2 491 265	-€ 1 292 398	€ 1 198 868
IT	17,44	1,00	17,44	€ 2 944 192	-€ 1 527 348	€ 1 416 844
LT	0,31	1,00	0,31	€ 53 153	-€ 27 574	€ 25 579
LU	1,12	1,00	1,12	€ 188 756	-€ 97 920	€ 90 836
LV	0,36	1,00	0,36	€ 59 986	-€ 31 119	€ 28 867
MT	1,41	1,00	1,41	€ 238 709	-€ 123 834	€ 114 875
NL	6,35	1,00	6,35	€ 1 072 177	-€ 556 210	€ 515 968
PT	1,48	1,00	1,48	€ 250 604	-€ 130 005	€ 120 599
RO	0,70	1,00	0,70	€ 117 545	-	€ 117 545
SE	2,75	1,00	2,75	€ 463 823	-€ 240 616	€ 223 207
SI	0,46	1,00	0,46	€ 77 453	-€ 40 180	€ 37 273
	100,00	100,00	100,00	€ 16 885 365	-€ 8 698 583	€ 8 186 783

Anhang 2.3 Beiträge, die in Zahlungsmitteln abgerufen werden sollen (einschließlich des Korrekturmechanismus)

Aus einer rein cashflow-technischer Sicht und unter Berücksichtigung des Korrekturmechanismus stellen sich die Beiträge der Mitgliedstaaten für 2025 wie folgt dar:

	Differenz vor der Korrektur		Umsetzung der Korrektur				Endgültige Differenz		
Mitgliedstaat	Anfängliche Differenz W/RL	BS Art. 2 Negative Auswirkungsrate	Angepasster Beitrag	Korrekturanteile rhäniss unter 6 MS	Korrektur	Angepasster & kompensierter Beitrag	Differenz nach Korrektur	Negative Differenzkorrekturrate	Negative Auswirkungsrate
AT	16 261€	7,54%	€ 219 003	6,69%	10 950 €	€ 208 053	9 605€	-59%	4,47%
BE	37 926€	14,31%	€ 269 767	15,60%	25 539 €	€ 244 228	17 677€	-47%	6,68%
BG	1 680€	0,00%	€ 29 608	0,00%	-	€ 29 608	-	0%	0,00%
DE	92 964€	0,00%	€ 3 549 423	0,00%	-	€ 3 549 423	-	0%	0,00%
DK	7 827€	0,00%	€ 177 555	0,00%	-	€ 177 555	-	0%	0,00%
EE	1 196€	0,00%	€ 17 729	0,00%	-	€ 17 729	-	0%	0,00%
FI	5 801€	0,00%	€ 119 152	0,00%	-	€ 119 152	-	0%	0,00%
FR	59 244€	0,00%	€ 1 222 858	0,00%	-	€ 1 222 858	-	0%	0,00%
IT	32 935€	0,00%	€ 1 445 181	0,00%	-	€ 1 445 181	-	0%	0,00%
LT	1 406€	0,00%	€ 26 091	0,00%	-	€ 26 091	-	0%	0,00%
LU	52 209€	57,46%	€ 92 652	21,47%	35 157 €	€ 57 496	18 869€	-36%	20,77%
LV	1 202€	0,00%	€ 29 445	0,00%	-	€ 29 445	-	0%	0,00%
MT	102 245€	89,00%	€ 117 172	42,05%	68 850 €	€ 48 322	35 693€	-35%	31,07%
NL	20 815€	0,00%	€ 526 287	0,00%	-	€ 526 287	-	0%	0,00%
PT	32 029€	26,53%	€ 103 011	13,17%	21 568 €	€ 101 443	12 873€	-40%	10,67%
RO	6 085€	0,00%	€ 119 896	0,00%	-	€ 119 896	-	0%	0,00%
SE	11 997€	0,00%	€ 227 671	0,00%	-	€ 227 671	-	0%	0,00%
SI	2 482€	6,62%	€ 38 018	1,02%	1 672 €	€ 36 347	1 556€	-63%	4,18%

	Gesamtbeitrag fällig vor dem 15. Februar 2025 ((1)+50% x (2))	Gesamtbeitrag fällig vor dem 1. Juni 2025 (50% x (2))
AT	€ 104 026	€ 104 026
BE	€ 122 114	€ 122 114
BG	€ 14 804	€ 14 804
DE	€ 1 774 711	€ 1 774 711
DK	€ 88 778	€ 88 778
EE	€ 8 864	€ 8 864
FI	€ 59 576	€ 59 576
FR	€ 611 429	€ 611 429
IT	€ 722 590	€ 722 590
LT	€ 13 045	€ 13 045
LU	€ 28 748	€ 28 748
LV	€ 14 722	€ 14 722
MT	€ 24 161	€ 24 161
NL	€ 263 143	€ 263 143
PT	€ 50 721	€ 50 721
RO	€ 75 696	€ 44 200
SE	€ 113 836	€ 113 836
SI	€ 18 173	€ 18 173
	€ 4 109 139	€ 4 077 644

Anhang 3: Vermerk zu den Ausgaben für Informationstechnologie (IT) im Haushaltsplan 2025

Kapitel 411 – Investitionsausgaben für IT: Integrierte Systeme und Dienstleistungen

Die erforderlichen Investitionen (capital expenditure, CAPEX) für 2025 belaufen sich auf: 1.856.600 €. Sie werden entsprechend den Lösungen wie folgt verteilt:

- **CMS-Software (Mittel: 1 280 000 €)**

Diese Mittel werden zu einem Zeitpunkt geschätzt, an dem die Zielsetzung für die CMS-Lösung des EPG noch nicht festgelegt wurde. Tatsächlich hat das Gericht Anfang 2024 ein Programm zur Refaktorisierung des CMS (neue CMS-Lösung) gestartet, das sich derzeit in der Vorbereitungsphase befindet und folgende Hauptströme umfasst:

- Formalisierung der Bedürfnisse des Gerichts gemäß einem neuen Paradigma (Standardisierung der Verfahrensabläufe)
- Festlegung der Strategie zur Refaktorisierung des CMS
- Definition des Übergangsplans
- Gestaltung der angestrebten IT-Lösungsarchitektur

Gleichzeitig begann das Gericht, im Rahmen ihrer Vereinbarung mit dem EPA, die Umsetzung einer neuen CMS-Lösung im agilen Modus, basierend auf einem MVP-Ansatz (Minimum Viable Product, auf Deutsch „minimal funktionsfähiges Produkt“) und den vom EPA bereitgestellten IT-Bausteinen.

Zu diesem Zeitpunkt wissen wir nicht, welchen Umfang das EPA unterstützen wird. Dies erfordert daher die Bereitstellung von Mitteln zur Abdeckung der zusätzlichen IT-Ressourcen, die von dem EPG unterstützt werden sollen. Diese Mittel sind sehr grob geschätzt und berücksichtigen die zuvor festgelegten Mittel (insgesamt gibt es keine Erhöhung im Vergleich zur vorherigen Schätzung).

- **CMS-Lösung für das Mediations- und Schiedszentrum für Patentsachen (PMAC) (Mittel: 255 000 €)**

Die CMS-Lösung für das PMAC, die ursprünglich für den Start im Jahr 2024 geplant war, musste verschoben werden, um dringenderen Anforderungen gerecht zu werden und im Zusammenhang mit der Refaktorisierung des CMS für das GEI und das Berufungsgericht. Daher werden die für 2024 geplanten Mittel auf 2025 übertragen und entsprechen den Kosten für Lizenzen sowie 250 Tagen externer Beratung zur Analyse, Implementierung und Testung der zukünftigen Lösung. Zudem ist zu beachten, dass die Implementierung dieser Lösung über einen Zeitraum von 18 Monaten geplant ist und diese Mittel somit den ersten Teil der Umsetzung der Lösung darstellen.

- **Website (21 600 €)**

Entwicklung neuer Seiten für die Website (Presse-Seite, rechtliche Seite, Statistikanzeige-Seiten) und neuer Funktionen (Verbindung mit einem Übersetzungstool).

- **Analyse- und Berichterstattungslösung (Mittel: 300 000 €)**

Bereitstellung eines Berichts- und Analysesystems für Daten aus unseren Lösungen (CMS, Finanzen, HR usw.). Im Jahr 2024 haben wir die Analysen und das Design der zukünftigen Analyse- und Berichterstattungslösung durchgeführt. Die Implementierung, Einrichtung eines Berichterstattungs-/Datenanalysetools (Lizenzkosten) und die Tests der Lösung sind für 2025 nach einer Ausschreibungsphase geplant, die Ende 2024 durchgeführt wird.

Kapitel 331 – Ausgaben für den IT-Betrieb und Datenbanken (Lizenzen für elektronische Bibliotheken außerhalb des Anwendungsbereichs)

Für die Sicherstellung des IT-Betriebs (OPEX) werden insgesamt **1 859 792 €** veranschlagt, die sich wie folgt aufteilen:

- **Jährlicher Support für die IT-Lösungen unserer Nutzer (Mittel: 1 255 892 €)**

Diese Kosten entsprechen den Lizenzgebühren (oder SaaS-Gebühren: Software as a Service), sowie dem Support und der Instandhaltung (Lösungsverbesserungen). Dies umfasst auch Anpassungen, die im Einklang mit der zukünftigen CMS-Lösung (CMS-Refaktorisierungsprogramm) vorgenommen werden müssen.

Da das Ziel in Bezug auf die CMS-Lösung noch nicht bekannt ist, wurden die damit verbundenen Support- und Instandhaltungskosten auf der Grundlage des derzeit bestehenden Modells (Umfang der Maßnahmen und Anwendungen) geschätzt. Diese Kosten werden in einer anderen Haushaltszeile ausgewiesen (Zeile 338). Der Betrag von 120.000 € entspricht den Vertragsauflösungsgebühren (mit dem Anbieter Net Service).

	Haushaltsplan 2025 (in €)
CMS – Instandhaltung und Support*	120 000
Unternehmenswebsite – Internetauftritt	30 000
Website	48 000
Organisationsinterne Funktionen – ERP- Module	
Finanzen (SAGE)	12 530
Finanzen – Digitalisierung der Budgetflüsse	10 000
HR (Educos)	105 050
Luxtrust für HR (Educos)	21 250
Rekrutierungstool HR (Reach Me)	4 408
BI und Analytik (Berichterstattungslösung)	50 000
Weitere Softwarelösungen	
Übersetzungstools	35 140

Anonymisierungstool	66 639
Kollaborative Lösungen	
Kollaborative Plattform	122 500
Integrierte Videokonferenzen (Webex – NTT)	30 375

(* Instandhaltung und Support des CMS werden durch Gerichtsgebühren abgedeckt (nicht Teil dieses Haushalts).

- **IT-Governance- und Betriebstools (Mittel: 112 650 €)**

Lizenzen und Support für unsere Governance- und sicheren Zugriffsverwaltungstools auf unsere IT-Systeme.

	Haushaltsplan 2025 (in €)
IT-Governance – Betrieb	
Ticketsystem (GLPI)	12 300
Unterstützung für CMS SA (starke Authentifizierung)	26 400
Luxtrust Karten	7 200
Öffentliche und private APIs (Apigee - Devoteam)	64 000
Webdomains (Hosting – Cloudflare)	2 750

- **Infrastruktur (Mittel: 275 000 €)**

Laufende Kosten für unsere IT-Infrastruktur (IaaS: Infrastructure as a Service) unter Berücksichtigung der aktuellen Anforderungen in Bezug auf Hosting-Lösungen (CMS, Finanzen, Website und andere Lösungen).

Ein ungefähres Finanzierungsrahmen (das genaue Ziel ist noch nicht bekannt) von 50.000 Euro ist für das Hosting der neuen Lösung geplant, um das aktuelle CMS zu ersetzen. Die Infrastruktur, die das aktuelle CMS hostet, wird am Ende der Übergangsphase vom alten zum neuen CMS schrittweise stillgelegt (voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Jahres 2025). Diese Schätzung von 50.000 Euro berücksichtigt die Stilllegung.

Bei der Infrastruktur sind nach wie vor Leistungsverbesserungen und soweit möglich eine Verstärkung der Sicherheit erforderlich. Hierfür sind vorläufige Haushaltsmittel eingeplant.

Schließlich ist für 2025 ein Notfallwiederherstellungstest geplant, für den Unterstützung durch das für die Infrastruktur zuständige Unternehmen erforderlich ist.

Die Mittel für den Infrastrukturteil verteilen sich wie folgt:

	Haushaltsplan 2025 (in €)
Infrastruktur	
Hosting (aktueller Umfang)	180 000
Verbesserungen der IT-Infrastruktur	25 000
Verbesserung der Sicherheitsaspekte	10 000
Neue Umgebung	50 000
Backup, Notfallwiederherstellung und Betriebskontinuität	10 000

- **Externe IT-Beratung und externer IT-Support (Mittel: 216 250 €)**

Für 2025 sind Mittel für Beratung und Support eingeplant. Diese sind veranschlagt für:

- Die Durchführung eines Sicherheitsaudits (einschließlich Penetrationstests);
- Die Unterstützung für IT-Spezialisten zu verschiedenen Themen (z. B. Datenarchitektur und -governance, Unternehmensarchitektur);
- Unvorhergesehene Support-Leistungen für unsere Lösungen oder Infrastruktur.

Die Mittel sind nachstehend nach Art der Beratung aufgeführt:

	Haushaltsplan 2025 (in €)
Externe IT-Beratung und Support	
IT-Sicherheit	15 000
IT-Beratung und Compliance	150 000
Verschiedene Support-Leistungen	30 750
Reisekosten*	20 500

() Die Reisekosten werden gesondert ausgewiesen, da die Dienstleistungen vor Ort oder aus der Ferne erbracht werden können.*

Anhang 4: Jahresabschlüsse des Gerichts

Die periodengerechte Jahresabschlüsse des EPG sind von entscheidender Bedeutung, um Informationen zu liefern, die für die Bewertung der langfristigen Tragfähigkeit des EPG relevant sind. Gemäß der Finanzordnung des EPG sind die Internationalen Rechnungslegungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor (IPSAS) die allgemein anerkannten Rechnungslegungsgrundsätze, auf die in Artikel 26 Absatz 1 und Artikel 33 Absatz 2 Buchstabe d der Satzung Bezug genommen wird. Die IPSAS werden zur Beurteilung der Rechenschaftspflicht herangezogen, indem die Erfolgsrechnung und die Bilanz des EPG bewertet werden, um die Entscheidungsfindung und die Durchsetzung der Rechenschaftspflicht zu befördern. Bei der Plan-Erfolgsrechnung (5.3) und der Planbilanz (5.4) des Haushaltsplans 2025 handelt es sich um Schätzungen, die lediglich der Veranschaulichung dienen.

Die folgenden Tabellen, in denen die Planübersicht der Ressourcen (5.1), die Planübersicht der geschätzten Einnahmen (5.2), die Erfolgsrechnung (5.3) und die Bilanz des Gerichts (5.4) gemäß den Artikeln der Finanzordnung des Einheitlichen Patentgerichts darstellt werden, werden zum Mittwoch, 31. Dezember 2025 erstellt und decken einen Zeitraum von 12 Monaten ab.

4.1. Planübersicht der Ressourcen

Plan Statement of Resources 2025

in EUR

	Cash in EUR	Transition to Accrual in EUR	Accrual in EUR
31 Salaries	13 999 641	- 4 546 093	9 453 548
(i) salaries of			
the President of the Court of Appeal,	289 419	- 101 871	187 549
the President of the Court of First Instance,	261 612	- 89 038	172 574
the other judges,	11 928 225	- 3 957 519	7 970 706
the Registrar and the Deputy Registrar	529 061	- 179 091	349 971
any other staff directly employed by the Court	991 324	- 218 575	772 748
32 Pension and social security contributions	3 131 978	1 441 533	4 573 511
(ii) pension and social security contributions of			
the President of the Court of Appeal,	68 985	- 45 552	23 432
the President of the Court of First Instance,	62 202	- 41 073	21 128
the other judges,	2 648 433	- 1 843 002	805 430
the Registrar and the Deputy Registrar	124 940	- 82 501	42 439
any other staff directly employed by the Court	227 419	- 150 171	77 248
Current service costs (Defined Benefit Obligations)	-	3 603 833	3 603 833
33 General operating expenses	6 353 592	953 074	7 306 666
(iii) costs incurred by the Court for meetings, as well as for translation and communication costs.	937 586	-	937 586
(iv) costs incurred for Travel, consultancy, the Training Centre, the Patent Mediation and Arbitration Centre, the IT Opex and other operating expenses;	5 416 006	953 074	6 369 080
34 Working Capital Fund	4 435 590	- 4 435 590	-
(v) resources to be allocated to the Working Capital Fund.	4 435 590	- 4 435 590	-
35 Repayments to MS	-	-	-
36 Legal aid and reimbursement to third parties	1 164 733	-	1 164 733
37 Other general operating expenses	2 213	-	2 213
38 Depreciation and amortization expense	-	980 730	980 730
39 Financial expenses	-	-	-
41 IT Capital Expenditure	1 256 600	- 1 256 600	-
SUBTOTAL Court	30 344 347	- 6 862 946	23 481 401
61 Payments from Social Security Schemes	4 720 902	- 4 720 902	-
SUBTOTAL PSSS	4 720 902	- 4 720 902	-
TOTAL Court + PSSS	35 065 249	- 11 583 848	23 481 401

4.2. Planübersicht der geschätzten Einnahmen

Plan Statement of the Estimated Income

2025

in EUR

		Cash in EUR	Transition to Accrual in EUR	Accrual in EUR
51	Revenue from court fees	10 354 422	-5 506 758	4 847 663
52	Contributions by participating Member States	16 885 365	-3 504 116	13 381 250
	(i) contribution to Operating expenses	12 449 776	931 474	13 381 250
	(ii) contributions to the Working Capital	4 435 590	-4 435 590	0
53	Other operating income	3 104 560	-3 104 560	0
	(iv) any other income of the Court	3 104 560	-3 104 560	0
54	Work performed and capitalised	0	0	0
55	Financial income	0	0	0
SUBTOTAL Court		30 344 347	-12 115 434	18 228 913
71	Income Social Security Schemes	4 720 902	-4 720 902	0
SUBTOTAL PSSS		4 720 902	-4 720 902	0
TOTAL Court + PSSS		35 065 249	-16 836 336	18 228 913

4.3. Erfolgsrechnung**Statement of Financial Performance**

in EUR

	2025	2026	2027	2028	2029
	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR	in EUR
5 Revenue					
51 Revenue from court fees	4 847 663	10 354 422	10 354 422	10 354 422	10 354 422
52 Contributions by participating Member States	13 381 250	20 040 459	23 452 293	28 065 665	32 105 065
53 Other					
Total revenue	18 228 913	30 394 881	33 806 715	38 420 086	42 459 487
3 Expenses					
31+32 Employee benefits	14 027 059	21 593 589	24 474 490	28 400 043	31 580 628
33 General operating expenses	7 306 666	7 171 296	7 891 019	8 702 900	9 641 535
36 Legal aid and reimbursement to third parties	1 164 733	1 179 733	1 196 233	1 214 383	1 234 348
37 Other general operating expenses	2 213	2 263	2 472	2 760	2 976
38 Depreciation and amortization expense	980 730	396 393	450 560	415 560	475 560
39 Financial expenses	-	-	-	-	-
Total expenses	23 481 401	30 343 273	34 014 774	38 735 646	42 935 046
Net surplus/(deficit) for the period	- 5 252 488	51 607	- 208 060	- 315 560	- 475 560

4.4. Bilanz

Statement of Financial Position

in EUR

		2025	2026	2027	2028	2029
		in EUR				
1	Assets					
11	Non-current assets					
112	Intangible assets	1 484 750	1 536 357	1 328 297	1 012 738	537 178
114	Other non-current assets (financial and non-financial)	6 540 590	12 212 510	18 698 714	26 275 655	34 727 120
	Total non-current assets	8 025 340	13 748 867	20 027 012	27 288 393	35 264 299
12	Current assets					
121	Accounts receivable from non-exchange transactions	-	-	-	-	-
122	Cash and cash equivalents	6 407 983	6 752 586	6 041 143	6 656 836	7 422 924
123	Prepayments	0	0	0	0	0
	Total current assets	6 407 983	6 752 586	6 041 143	6 656 836	7 422 924
	Total assets	14 433 324	20 501 452	26 068 155	33 945 229	42 687 222
2	Liabilities and equity					
21	Non-current liabilities					
211	Liability towards Member States and others States					
212	Defined Benefit Obligations	6 540 590	12 212 510	18 698 714	26 275 655	34 727 120
	Total non-current liabilities	6 540 590	12 212 510	18 698 714	26 275 655	34 727 120
22	Current liabilities					
221	Employee benefits	-	-	-	-	-
222	Accounts payable	761 019	694 027	740 348	797 541	872 785
223	Due to member states					
224	Liability for working capital fund	5 646 964	6 058 559	5 300 796	5 859 295	6 550 139
225	Other current liabilities					
226	Deferred revenue	9 560 758	9 560 758	9 560 758	9 560 758	9 560 758
227	Other current liabilities	-	-	-	-	-
	Total current liabilities	15 968 742	16 313 344	15 601 902	16 217 595	16 983 682
	Total liabilities	22 509 332	28 525 854	34 300 616	42 493 250	51 710 802
23	Net Assets / Equity Attributable to the Member States					
232	Other reserves	19 966	19 966	19 966	19 966	19 966
233	Accumulated surplus/(deficit)	-4 314 425	-4 262 817	-4 470 877	-4 786 436	-5 261 996
	Total net assets/equity	- 4 294 459	- 4 242 851	- 4 450 911	- 4 766 470	- 5 242 030

4.5. Kapitalflussprognose

Direct Method Cash Flow Statement

in EUR

	2025	2026	2027	2028	2029
Cash flows from operating activities					
Cash receipts from Court	€ 13 458 981	€ 15 445 499	€ 16 337 458	€ 17 524 785	€ 18 445 010
Cash receipts from Member States	€ 8 173 099	€ 20 040 459	€ 22 694 530	€ 28 065 665	€ 32 105 065
<i>Total operating cash receipts</i>	€ 21 632 080	€ 35 485 957	€ 39 031 987	€ 45 590 450	€ 50 550 076
Payments of Employees benefits	-€ 17 131 619	-€ 26 684 666	-€ 30 457 527	-€ 35 570 406	-€ 39 671 216
Payments to suppliers of goods and services	-€ 8 459 448	-€ 8 341 584	-€ 9 022 853	-€ 9 848 600	-€ 10 793 615
<i>Total operating cash payments</i>	-€ 25 591 067	-€ 35 026 250	-€ 39 480 380	-€ 45 419 006	-€ 50 464 831
Cash Flow from operating activities	-€ 3 958 987	€ 459 707	-€ 448 392	€ 171 443	€ 85 244
Cash flows from investing activities					
Acquisition of tangible and intangible assets	-€ 1 313 500	-€ 526 700	-€ 263 050	-€ 114 250	-€ 10 000
Cash flow from investing activities	-€ 1 313 500	-€ 526 700	-€ 263 050	-€ 114 250	-€ 10 000
Cash flows from financing activities					
Cash receipts from Member States	€ 13 684	€ 411 595	€ -	€ 558 500	€ 690 843
Payments to Member States	€ -	€ -	€ -	€ -	€ -
Cash flow from financing activities	€ 13 684	€ 411 595	€ -	€ 558 500	€ 690 843
Net increase/(decrease) in cash and cash equivalent	-€ 5 258 803	€ 344 602	-€ 711 442	€ 615 693	€ 766 087
Cash and cash equivalents net at the beginning of the Period	€ 11 666 786	€ 6 407 983	€ 6 752 586	€ 6 041 143	€ 6 656 836
Cash and cash equivalents net at the end of the Period	€ 6 407 983	€ 6 752 586	€ 6 041 143	€ 6 656 836	€ 7 422 924

4.6 Erläuterung zu den Jahresabschlüssen

Bei dem vorliegenden Haushaltskonzept decken die von allen Vertragsmitgliedstaaten zu leistenden Beiträge den gesamten Finanzbedarf des Gerichts ab, und aus Gründen der Vereinfachung wird davon ausgegangen, dass die veranschlagten Ausgaben in demselben Haushaltsjahr ausgeführt und zu 90% gezahlt werden.

Immaterielle Vermögenswerte

Immaterielle Vermögenswerte werden nach dem Anschaffungswertprinzip abzüglich kumulierter Abschreibungen und Wertminderungsaufwendungen ausgewiesen.

Die Abschreibung erfolgt linear über die geschätzte Nutzungsdauer.

Die geschätzte Nutzungsdauer für die Klassen immaterieller Vermögenswerte beträgt:

— CMS (Fallbearbeitungssystem): 7 Jahre

— Sonstige immaterielle Vermögenswerte: 5 Jahre

Verpflichtung zur Leistungszusage (Defined Benefit Obligation)

Das EPG leistet gemäß Anhang II der Beschäftigungsbedingungen und des Statuts (Versorgungssystem des Gerichts) (AC/09/08072022) Versorgungsbeiträge für seine Bediensteten. Die Beiträge werden als Zahlungen an ein Versorgungssystem mit Leistungszusage behandelt.

Die Delegierten werden darauf hingewiesen, dass in Ermangelung einer versicherungsmathematischen Bewertungsstudie und einer aktuellen Altersvorsorgeinvestitionsstrategie die erwarteten Kosten der Versorgungsleistungen anhand der derzeitigen Versorgungsbeiträge des EPG und seiner Bediensteten bewertet werden und nicht die tatsächlichen Verpflichtungen aus dem Versorgungssystem mit Leistungszusage widerspiegeln. Eine Aktualisierung dieser Kosten wird den zuständigen Leitungsgremien zu gegebener Zeit vorgelegt.

Kurzfristige Verbindlichkeiten – Verbindlichkeiten gegenüber Mitgliedstaaten

Hierbei handelt es sich um die Vorauszahlungen der Vertragsmitgliedstaaten an den Betriebsmittelfonds gemäß Artikel 63 der Finanzordnung. Basierend auf dem aktuellen Haushaltsplan für 2024 wird angenommen, dass 21 % des jährlich veranschlagten Betriebsmittelfonds in die jährlich veranschlagten Betriebsausgaben umgewandelt werden.

Kurzfristige Verbindlichkeiten – Verbindlichkeiten (periodengerechte Abgrenzung)

Das EPG ist davon ausgegangen, dass 10% der jährlich veranschlagten Betriebskosten im folgenden Jahr abgerechnet werden.

Kurzfristige Verbindlichkeiten- Vorausgezahlte Gebühren

Vorausgezahlte Gebühren sind Verbindlichkeiten in Bezug auf die erhaltenen Zahlungen für Gerichtsdienstleistungen, für die noch keine Leistung erbracht wurde. Die geschätzten vorausgezahlten Gebühren setzen sich aus den geschätzten Gerichtseinnahmen zusammen.

Das EPG führt seine Verfahren so durch, dass die letzte mündliche Verhandlung zu Verletzungsklagen und zur Rechtsgültigkeit in der ersten Instanz in der Regel innerhalb eines Jahres stattfindet und das Urteil sechs Wochen danach ergeht.

Die Verfahrensbeteiligten zahlen dem EPG im Voraus Festgebühren und streitwertabhängige Gebühren gemäß der Gerichtsgebührentabelle in der mit dem Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 8. Juli 2022 angenommenen Fassung.